

Inhalt:		Seite
	<b>Bekanntmachungen</b>	
	Jahresbericht des Präsidenten des Justizprüfungsamts für das Jahr 2009 . . . . .	317
	Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozial- gerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2010 . . . . .	327
	<b>Personalnachrichten</b> . . . . .	360
	<b>Berichtigung</b> . . . . .	366
	<b>Hinweise</b> . . . . .	367
	<b>Stellenausschreibungen</b> . . . . .	362
	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	370

**JAHRESBERICHT  
des Präsidenten des Justizprüfungsamts  
für das Jahr 2009  
(2224 – V/JPAll/1 – 2011/4976 – II/E-JPA)**

**A.**

**STAATLICHE PFLICHTFACHPRÜFUNG**

**1. Geschäftsbelastung**

Am Jahresende 2008 waren im Prüfungsverfahren Rechtskandidatinnen/-kandidaten verblieben.	658
Zur staatlichen Pflichtfachprüfung gemeldet haben sich im Jahre 2009 Rechtskandidatinnen/-kandidaten, so dass sich im Berichtjahr insgesamt	962
Rechtskandidatinnen/-kandidaten, im Prüfungsverfahren befunden haben.	1620
Zurückgenommene oder zurückgewiesene Zulassungsgesuche	211
Abbruch von Prüfungsverfahren und genehmigte Rücktritte (§ 16 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 JAG)	1 212
Verbleiben	1408

### Geprüfte Kandidaten:

Prüfung gemäß § 16 Abs. 2 S. 1 bzw. Abs. 3 JAG für nicht bestanden erklärt (davon 0 Wiederholer)	8	
Prüfung wegen Täuschung gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 JAG für nicht bestanden erklärt	0	
Von der mündlichen Prüfung gemäß § 18 JAG ausgeschlossen (davon 4 Wiederholer)	250	
Von 132 Prüfungsausschüssen wurden geprüft		
- erstmalig	541	
- wiederholt	19	818
so dass am Jahresende 2009 Rechtskandidatinnen/-kandidaten im Prüfungsverfahren verblieben sind.		590

## 2. Ergebnisse

Von den 818 geprüften Rechtskandidatinnen/-kandidaten haben die staatliche Pflichtfachprüfung

	<b>Insgesamt</b>	<b>Ohne Freiversuch</b>	<b>Freiversuch</b>
bestanden	554 = 67,73 %	329 = 63,76 %	225 = 74,50 %
• sehr gut	2 = 0,24 %	1 = 0,19 %	1 = 0,33%
• gut	22 = 2,69 %	11 = 2,13, %	11 = 3,64 %
• vollbefriedigend	98 = 11,98 %	49 = 9,50 %	49 = 16,23 %
• befriedigend	225 = 27,51 %	134 = 25,97 %	91 = 30,13 %
• ausreichend	207 = 25,31 %	134 = 25,97 %	73 = 24,17 %
nicht bestanden	264 = 32,27 %	187 = 36,24 %	77 = 25,50 %

## 3. Durchschnittspunktzahl

Die Durchschnittspunktzahlen in den Abschnitten der erfolgreich abgeschlossenen Prüfungsverfahren betragen:

Aufsichtsarbeiten:	6,47 Punkte	6,64 Punkte Zivilrecht 6,41 Punkte Strafrecht 6,25 Punkte Öffentliches Recht
--------------------	-------------	--

Mündliche Prüfung: 9,14 Punkte 9,15 Punkte Zivilrecht  
 9,16 Punkte Strafrecht  
 9,10 Punkte Öffentliches Recht

Die erzielten Ergebnisse führten im Schnitt zu folgender

Prüfungsnote (vor Hebung): 7,35 Punkte

Abschlussnote: 7,38 Punkte.

#### 4. Freiversuche

Den 302 Freiversuchen lagen folgende Semesterzahlen zugrunde:

Fachsemester	insgesamt	mit Auslandsstudium	mit wichtigem Grund
<= 8	219	0	0
9	19	17	3
10	62	62	0
11	2	2	2

#### 5. Studiendauer

Der staatlichen Pflichtfachprüfung haben sich unterzogen nach einem rechtswissenschaftlichen Studium von

	a) erstmals geprüft und bestanden			b) alle Geprüften		
		=			=	
<b>4 -6 Semestern</b>	0	=	0,00 %	0	=	0,00 %
<b>7 Semestern</b>	4	=	0,75 %	4	=	0,49 %
<b>8 Semestern</b>	156	=	29,10 %	219	=	26,77 %
<b>9 Semestern</b>	41	=	7,65 %	56	=	6,85 %
<b>10 Semestern</b>	139	=	25,93 %	178	=	21,76 %
<b>11 Semestern</b>	89	=	16,60 %	123	=	15,04 %
<b>12 Semestern</b>	49	=	9,14 %	88	=	10,76 %
<b>13 Semestern</b>	29	=	5,41 %	51	=	6,23 %
<b>14 Semestern</b>	12	=	2,24 %	32	=	3,91 %
<b>15 Semestern</b>	4	=	0,75 %	12	=	1,47 %
<b>16 Semestern und mehr</b>	13	=	2,43 %	55	=	6,72 %
	-----	----	-----	-----	----	-----
	-		---	--		---
<b>Gesamt</b>	536	=	100%	818	=	100%

Kandidatinnen/Kandidaten.

Die längste Studiendauer betrug 29 Semester.

Die durchschnittliche Studiendauer betrug für

Hessen insgesamt	a) 10,20 Semester b) 10,77 Semester
Frankfurter Kandidatinnen/Kandidaten	a) 10,47 Semester b) 11,28 Semester
Gießener Kandidatinnen/Kandidaten	a) 9,65 Semester b) 10,23 Semester
Marburger Kandidatinnen/Kandidaten	a) 10,27 Semester b) 10,37 Semester

## 6. Altersstruktur

Die Altersstruktur der im Jahre 2009 geprüften Kandidatinnen/Kandidaten zeigt folgendes Bild:

Bei der Meldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung waren

36 Jahre und älter	11	=	1,34 %
31 bis 35 Jahre	34	=	4,16 %
27 bis 30 Jahre	195	=	23,84 %
23 bis 26 Jahre	575	=	70,29 %
22 Jahre und jünger	3	=	0,37 %

Der Anteil der 27-jährigen und älteren Kandidatinnen/Kandidaten beträgt 29,34 %.

## 7. Anteil weiblicher/ männlicher Kandidaten

Von den 818 insgesamt geprüften Kandidatinnen/Kandidaten waren 470 (= 57,46 %) Frauen.

Die Vergleichszahlen der Vorjahre lauten:

2008	2007	2006	2005	2004	2003
55,49 %	56,34 %	52,93 %	49,75 %	49,52 %	48,49 %

Unter den 554 erfolgreichen Prüfungsteilnehmern waren 295 (= 53,25 %) Frauen.

Der Anteil der Frauen an den 302 Freiversuchen betrug 179 (= 59,27 %).

## 8. Anteil ausländischer/schwerbehinderter Kandidaten

Die Zahl der geprüften ausländischen oder staatenlosen Kandidatinnen/Kandidaten belief sich auf 57.

57 Kandidatinnen/ Kandidaten waren (schwer-)behindert.

## 9. Prüfungsdauer

Die Prüfungsverfahren der 560 mündlich geprüften Rechtskandidatinnen/-kandidaten dauerten vom Tag der Zulassung bis zur mündlichen Prüfung:

- a) bei regulärer Beendigung des Prüfungsverfahrens  
im Durchschnitt 4,97 Monate.
- b) bei vom Kandidaten verzögerter Beendigung des Prüfungsverfahrens  
im Durchschnitt 4,90 Monate.
- c) für alle Prüfungsverfahren  
im Durchschnitt 4,94 Monate.

## 10. Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung

Am Jahresende 2008 waren im Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung 54 Rechtskandidatinnen/-kandidaten verblieben.

Zur Prüfung zum Zwecke der Notenverbesserung haben sich im Jahr 2009 136 Kandidatinnen/Kandidaten gemeldet, so dass sich im Berichtsjahr insgesamt 190 Rechtskandidatinnen/-kandidaten im Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung befunden haben.

Zurückgenommene oder zurückgewiesene Zulassungsgesuche:	17	
Abbruch von Prüfungsverfahren und genehmigte Rücktritte (§ 16 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 JAG):	0	17
Verbleiben		173

### Geprüfte Kandidatinnen/Kandidaten

Prüfung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 bzw. Abs. 3 Nr. 2 bzw. 1 JAG für nicht bestanden erklärt:	15
Prüfung wegen Täuschung gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 JAG für nicht bestanden erklärt:	0
Von der mündlichen Prüfung gemäß § 18 JAG ausgeschlossen und die Prüfung nicht bestanden	9

Von den Prüfungsausschüssen wurden 55 79  
 Kandidatinnen/Kandidaten geprüft, so dass am Jahresende 2009 94  
 Rechtskandidatinnen/-kandidaten im Prüfungsverfahren zur  
 Notenverbesserung verblieben sind.

Von den 79 geprüften Rechtskandidatinnen/-kandidaten haben 34 keine Verbesserung erreicht, während in insgesamt 45 Verfahren folgende Verbesserungen erzielt wurden:

a) Beim Punktwert der Abschlussnote

	2 bis 3 Punkte	6	5 bis 6 Punkte	0	8 bis 9 Punkte	0	
bis zu 1 Punkt	16	3 bis 4 Punkte	7	6 bis 7 Punkte	0	9 bis 10 Punkte	0
1 bis 2 Punkte	16	4 bis 5 Punkte	0	7 bis 8 Punkte	0	mehr als 10 Punkte	0

Die durchschnittliche Verbesserung betrug 1,51 Punkte.

b) Beim Notenwert der Abschlussnote

keine Verbesserung	um eine Notenstufe	um zwei Notenstufen	um drei oder mehr Notenstufen
28	14	3	0

## **B** **ERSTE PRÜFUNG**

Die Erste Prüfung - bestehend aus staatlicher Pflichtfachprüfung und universitärer Schwerpunktbereichsprüfung - haben im Jahr 2009 528 Kandidatinnen und Kandidaten vollständig abgelegt. Diese erzielten folgende Ergebnisse:

Erste Prüfung	Hessen	
<b>sehr gut</b>	3	0,60 %
<b>gut</b>	30	5,7 %
<b>vollbefriedigend</b>	170	32,2 %
<b>befriedigend</b>	253	47,9 %
<b>ausreichend</b>	72	13,6 %
<b>Gesamt</b>	528	100,00 %

Die **BAföG – Ecknote** betrug damit

7,42 Punkte.

## C.

### ZWEITE JURISTISCHE STAATSPRÜFUNG

#### 1. Geschäftsbelastung

Am Schluss des Vorjahres im Prüfungsverfahren verblieben	986
Im Auswertungsjahr zugelassen	1387
Im Auswertungsjahr im Prüfungsverfahren befindlich	2373
Im Auswertungsjahr vorzeitig entlassen	<u>230</u>
Im Verfahren verblieben	2143
Davon wurden in 258 Prüfungsterminen mündlich geprüft	1062
und zwar erstmalig	885
wiederholt	177
Für nicht bestanden erklärt	176
davon Wiederholer	39
und zwar wegen	
nicht genehmigtem Rücktritt	0
Nichterscheinens zu den Klausuren	3
Nichterscheinens zur mündlichen Prüfung	2
Ausschluss von der weiteren Prüfung	171
Täuschung	0
Davon Wiederholer	39
Beendete Verfahren	1238
Am Jahresende 2009 im Verfahren verblieben	905

#### 2. Ergebnisse

Von 1238 Rechtsreferendarinnen/-referendaren		
bestanden die Prüfung		1057 = 85,38%
davon mit der Note		
	sehr gut	0 = 0,00 %
	gut	15 = 1,21 %
	vollbefriedigend	172 = 13,89 %
	befriedigend	443 = 35,78 %
	ausreichend	427 = 34,49 %
Nicht bestanden haben		181 = 14,62 %
Wiederholt geprüft		333
Wiederholt nicht bestanden		39

### 3. Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 191 Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung beendet.

Davon wurden

a) 67

Prüfungsverfahren z.B. durch Antragsrücknahmen beendet.

b) 10

Prüfungsverfahren durch Ausschluss gemäß § 49 JAG für nicht bestanden erklärt und

c) 2

infolge Nichterscheinens zur mündlichen Prüfung für nicht bestanden erklärt.

Insgesamt wurden 112

Prüfungsverfahren zur Notenverbesserung mit der mündlichen Prüfung beendet.

Von den 112 geprüften Rechtskandidatinnen/-kandidaten haben 22 keine Verbesserung erreicht, während in insgesamt 90 Verfahren folgende Verbesserungen erzielt wurden:

a) Beim Punktwert der Abschlussnote

	2 bis 3 Punkte	21	5 bis 6 Punkte	0	8 bis 9 Punkte	0	
bis zu 1 Punkt	43	3 bis 4 Punkte	0	6 bis 7 Punkte	0	9 bis 10 Punkte	0
1 bis 2 Punkte	25	4 bis 5 Punkte	1	7 bis 8 Punkte	0	mehr als 10 Punkte	0

Die durchschnittliche Verbesserung betrug 1,21 Punkte.

b) Beim Notenwert der Abschlussnote

keine Verbesserung	um eine Notenstufe	um zwei Notenstufen	um drei oder mehr Notenstufen
50	40	0	0

### 4. Anzahl geprüfter Kandidatinnen und Kandidaten

Die Zahl der geprüften Kandidatinnen und Kandidaten ist im vergangenen Jahr gegenüber den Vorjahren um rund 20% gestiegen.

2003 = 929 Geprüfte in 172 Terminen

2004 = 963 Geprüfte in 170 Terminen

2005 = 1102 Geprüfte in 194 Terminen

2006 = 1061 Geprüfte in 190 Terminen

2007 = 998 Geprüfte in 192 Terminen

2008 = 947 Geprüfte in 201 Terminen

2009 = 1238 Geprüfte in 258 Terminen



## 5. Durchschnittsalter der Kandidatinnen und Kandidaten

Das Durchschnittsalter der Kandidatinnen und Kandidaten am Tag der mündlichen Prüfung entspricht dem der Vorjahre:

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
30,26	30,40	30,37	30,40	30,56	30,41	30,18

## 6. Anteil weiblicher/ männlicher Kandidaten

Der Anteil der Frauen hat im Jahr 2009 erneut deutlich die 50 % - Grenze überschritten; er betrug

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
43,92 %	45,52 %	48,37 %	52,03 %	56,05 %	57,23 %	62,28 %

## 7. Verzögerungen

Hinsichtlich der Durchführung der Prüfungsverfahren ergibt sich folgendes Bild:

Verzögerungen (Kandidatenzahl)	
Nicht verzögert	1409
Verzögert	66
<i>Verzögerungsgründe (Kandidatenzahl)</i>	
Rücktritt von den Klausuren infolge Erkrankung	40
Rücktritt von der mündlichen Prüfung infolge Erkrankung	6
Mutterschutz ohne nachfolgenden Erziehungsurlaub	7
Mutterschutz mit nachfolgendem Erziehungsurlaub	0
Sonderurlaub	16
Sonstiges	0
<b>Davon</b> mehrfach verzögert	12
Verzögerungsfälle (Fallzahl)	
Rücktritt von den Klausuren infolge Erkrankung	54
Rücktritt von der mündlichen Prüfung infolge Erkrankung	64

## 8. Prüfungsdauer

Prüfungsdauer (in Monaten)	
Durchschnitt aller beendeten Verfahren	1,40
Kürzeste Prüfungsdauer	0,03
Längste Prüfungsdauer	15,87

## 9. Einsichtnahmen

Zahl der Einsichtnahmen im Auswertungsjahr

392

## 10. Prüfungsergebnisse

Die Prüfungsergebnisse des vergangenen Jahres liegen durchweg in der Bandbreite der durchschnittlichen Bewertungen im Bundesgebiet.

	<b>Prüfungsergebnisse</b>	
	<i>im Bundesdurchschnitt</i>	<i>in Hessen</i>
Prädikatsexamina	17,20 %	15,10 %
Note befriedigend	36,30 %	35,78 %
Note ausreichend	30,50 %	34,49 %
Misserfolgsquote	16,00 %	14,62 %

Aufsichtsarbeiten	5,27 Punkte
Mündliche Prüfung	9,06 Punkte
Gesamtnote	7,14 Punkte.

Von der Möglichkeit der Anhebung der rechnerisch ermittelten Gesamtnote ist dem Ausnahmecharakter entsprechend zurückhaltend Gebrauch gemacht worden.

Durch Anhebungen der Prüfungsnote ist der Durchschnittspunktwert der Gesamtnote nicht gestiegen.

---

## BEKANNTMACHUNG

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2010 Bek. d. MdJIE v. 10. 06. 2011 (1441 - I/B2 - 2011/637 - I/B) - JMBl. S. - 327

(Letzte Übersicht für 2009 in JMBl. 2010 S. 240)

### AMTSGERICHTE

#### A Zivilsachen (ohne Familiensachen)

	2008	2009	2010
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</b>			
1. Mahnsachen	659.465	690.115	617.590
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	104.964	99.489	98.142
Erledigungen	100.350	102.496	98.792
Unerledigt am Jahresende	51.482	47.986	47.229
b) Erledigte Verfahren	100.350	102.496	98.792
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	435	58	8
	0,4%	0,1%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	243	272	226
	0,2%	0,3%	0,2%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	3.770	3.742	2.604
	3,8%	3,7%	2,6%
Klageverfahren	66.158	68.439	71.102
	65,9%	66,8%	72,0%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozess- gerichts gehörende Verfahren	29.744	29.985	24.818
	29,6%	29,3%	25,1%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	487	498	512
	0,5%	0,5%	0,5%

	2008	2009	2010
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	15 0,0%	10 0,0%	17 0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1.256 1,3%	1.103 1,1%	984 1,0%
Verkehrsunfallsachen	9.528 9,5%	9.901 9,7%	10.264 10,4%
Wohnungsmietsachen	20.444 20,4%	20.721 20,2%	22.237 22,5%
sonstige Mietsachen	2.807 2,8%	2.604 2,5%	2.803 2,8%
Kaufsachen	12.256 12,2%	12.698 12,4%	12.872 13,0%
Arzthaftungssachen	177 0,2%	144 0,1%	200 0,2%
Reisevertragssachen	2.028 2,0%	2.005 2,0%	2.164 2,2%
Kredit-/Leasingsachen	1.878 1,9%	1.799 1,8%	1.927 2,0%
Asprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	3.071 3,1%	2.828 2,8%	2.949 3,0%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	4.595 4,6%	4.880 4,8%	4.781 4,8%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	607 0,6%	685 0,7%	639 0,6%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	1.107 1,1%	1.017 1,0%	82 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	37.542 37,4%	38.469 37,5%	33.212 33,6%
3. Verteilungsverfahren	3	8	21
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	6.487	6.453	5.595
5. Zwangsverwaltungen	2.098	2.341	1.528
6. Vollstreckungssachen	233.194	228.982	227.314

	2008	2009	2010
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.478	1.422	1.389
<b>II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren</b>			
1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahren (IN)	7.011	7.413	6.750
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	8.041	7.988	8.550
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	45	76	52
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	2.997	3.253	3.092
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	7.336	7.126	8.044
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	10	11	16
d) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	243	271	369
<b>III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</b>			
1. Grundbuchsachen			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	125.021	121.531	117.882
b) Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	260.403	262.014	255.034
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	4.470	4.517	5.736
2. Landwirtschaftssachen	44	53	69
3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) Eingetragene Vereine	45.904	46.460	47.093
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen	35.092	35.114	34.989
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.981	1.912	1.896
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	80.963	82.917	85.214

	2008	2009	2010
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	10	10	9
c) Eingetragene Genossenschaften	403	396	412
d) Seeschiffe	216	216	213
e) Binnenschiffe	245	245	248
<b>4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten</b>			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegerchaften	7.461	3.092	1.428
b) Am Jahresende anhängige Betreuungen	87.379	89.827	90.897
c) Betreuungsverfahren wurden anhängig	34.396	34.478	33.738
d) Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten wurden anhängig	1.352	1.650	entfällt
e) Andere betreuungsgerichtliche Ange- legenheiten wurden anhängig	entfällt	entfällt	310
f) Adoptionssachen (ab 01.09.09 im Sachgebiet Familiensachen enthalten)	853	605	entfällt
<b>5. Unterbringungssachen</b> (einschließlich Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung) darunter Abschiebehaftsachen	24.593 1.719	23.982 1.317	21.510 1.209
<b>6. Verfügungen von Todes wegen,</b> Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	33.929	34.238	35.509
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	40.025	41.037	44.755
<b>7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen</b>			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	63.207	69.311	73.169
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	3.082	3.140	2.038
c) Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	43	49	49
d) Standesamtssachen	550	371	283
<b>IV. Kirchnaustritte</b>	26.995	24.634	27.711
<b>V. Hinterlegungssachen</b>	7.517	3.897	3.946

	2008	2009	2010	
<b>B Familiensachen</b>				
		Jan.-Aug. 2009	Sept.-Dez. 2009	
a) Geschäftsentwicklung:				
Eingänge	43.292	28.709	16.904	52.697
Erledigungen	42.461	28.289	15.070	49.817
Unerledigt am Jahresende	33.362	33.779	35.617	38.497
b) Erledigte Verfahren	42.461	28.289	15.070	49.817
Davon waren				
Scheidungsverfahren	17.657	11.405	entfällt	entfällt
41,6%	40,3%	entfällt	entfällt	
andere Eheverfahren	151	85	entfällt	entfällt
	0,4%	0,3%	entfällt	entfällt
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	2.192	1.689	627	2.628
	5,2%	6,0%	4,2%	5,3%
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	21.283	14.321	entfällt	entfällt
	50,1%	50,6%	entfällt	entfällt
Verfahren nach dem Lebenspartner- schaftsgesetz	75	60	43	100
	0,2%	0,2%	0,3%	0,2%
Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	1.103	entfällt	entfällt	entfällt
	2,6%	entfällt	entfällt	entfällt
Familiensachen	entfällt	entfällt	13.564	41.494
	entfällt	entfällt	90,0%	83,3%
Einstweilige Anordnungen	entfällt	entfällt	836	5.588
	entfällt	entfällt	5,5%	11,2%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	47.982	31.689	22.603	71.343
Davon waren				
Scheidung	entfällt	entfällt	5.736	17.398
	entfällt	entfällt	25,4%	24,4%
Andere Ehesachen	entfällt	entfällt	42	79
	entfällt	entfällt	0,2%	0,1%
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	7.328	4.944	2.885	9.601
	15,3%	15,6%	12,8%	13,5%
Regelung des Umgangs				

	2008		2009	2010
(auch nach § 52a FGG / § 165 FamFG)	3.071	2.107	1.218	3.851
	6,4%	6,6%	5,4%	5,4%
Herausgabe des Kindes	212	146	82	293
	0,4%	0,5%	0,4%	0,4%
Unterhalt für das Kind	6.274	4.177	2.072	6.440
	13,1%	13,2%	9,2%	9,0%
Unterhalt für sonstige Verwandte (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB) / Sonstige Unterhaltssachen	206	93	42	109
	0,4%	0,3%	0,2%	0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	5.538	3.419	1.636	4.675
	11,5%	10,8%	7,2%	6,6%
Versorgungsausgleich	18.314	12.386	6.021	18.920
	38,2%	39,1%	26,6%	26,5%
Wohnung und/oder Haushalt	1.584	885	492	1.403
	3,3%	2,8%	2,2%	2,0%
Ansprüche aus dem Güterrecht	1.678	977	494	1.599
	3,5%	3,1%	2,2%	2,2%
Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	1.307	838	entfällt	entfällt
	2,7%	2,6%	entfällt	entfällt
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	954	652	717	2.589
	2,0%	2,1%	3,2%	3,6%
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	479	316	197	452
	1,0%	1,0%	0,9%	0,6%
Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	731	585	298	892
	1,5%	1,8%	1,3%	1,3%
Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	entfällt	entfällt	39	175
	entfällt	entfällt	0,2%	0,2%
sonstige Kindschaftssache	entfällt	entfällt	10	132
	entfällt	entfällt	0,0%	0,2%
		Jan.-Aug. 2009	Sept.-Dez. 2009	
Abstammungssache	entfällt	entfällt	436	1.275
	entfällt	entfällt	1,9%	1,8%
Adoptionssache	entfällt	entfällt	35	571
	entfällt	entfällt	0,2%	0,8%
Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	entfällt	entfällt	33	88
	entfällt	entfällt	0,1%	0,1%



	2008	2009	2010	
sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	entfällt	entfällt	43	431
	entfällt	entfällt	0,2%	0,6%
weitere Familiensache	entfällt	entfällt	75	370
	entfällt	entfällt	0,3%	0,5%
Sonstiger Gegenstand	306	164	entfällt	entfällt
	0,6%	0,5%	entfällt	entfällt
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrensgegenständen im Durchschnitt	1,13	1,12	1,50	1,43

### C Strafsachen

a) Geschäftsentwicklung:				
Eingänge	53.993	51.535	50.903	
Erledigungen	54.509	52.285	52.062	
Unerledigt am Jahresende	19.579	18.503	17.325	
b) Erledigte Verfahren	54.509	52.285	52.062	
Davon waren				
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft				
zu ungunsten des Beschuldigten	53	36	49	
	0,1%	0,1%	0,1%	
zu gunsten des Beschuldigten	48	40	56	
	0,1%	0,1%	0,1%	
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	4	2	1	
	0,0%	0,0%	0,0%	
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	2	7	2	
	0,0%	0,0%	0,0%	
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	17	2	7	
	0,0%	0,0%	0,0%	
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	5	4	11	
	0,0%	0,0%	0,0%	
Anklagen	41.864	40.493	40.668	
	76,8%	77,0%	78,1%	
Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren	2.473	2.255	1.728	
	4,5%	4,3%	3,3%	
Anträge auf Entscheidung im				

	2008	2009	2010
vereinfachten Jugendverfahren	1.121 2,1%	1.041 2,0%	984 1,9%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	220 0,4%	193 0,4%	237 0,5%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	8.244 15,1%	8.073 15,4%	7.868 15,1%
Einsprüche gegen einen von der Finanz- behörde beantragten Strafbefehl	294 0,5%	314 0,6%	282 0,5%
Privatklagen	91 0,2%	84 0,2%	112 0,2%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	38.053	35.373	36.694
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	6.065	6.050	6.199
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	42.309	40.616	42.193

## D Bußgeldverfahren

### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	23.117	25.722	30.841
Erledigungen	22.894	23.841	30.162
Unerledigt am Jahresende	6.037	7.906	8.554

### b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren

1. Erzwingungshaftanträge	13.761	14.716	16.938
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 S. 1 OWiG (Halterhaftung)	892	890	1.099
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	191	187	166
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.215	1.326	1.230

## E Rechtshilfesachen

(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

Ersuchen an das Amtsgericht	13.107	12.260	7.850
Ersuchen an die Geschäftsstelle	4.243	4.565	3.052

2008

2009

2010

## LANDGERICHTE

### A Zivilsachen

#### I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz

##### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	31.629	31.803	30.544
Erledigungen	31.750	31.360	30.639
davon durch die			
Zivilkammer	27.310	26.773	27.041
Kammer für Handelssachen	4.431	4.570	3.592
Kammer für Baulandsachen	9	17	6
Entschädigungskammer	0	0	0
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	27.254	27.693	27.603

##### b) Erledigte Verfahren

	31.750	31.360	30.639
--	--------	--------	--------

##### a) Erledigte Verfahren nach der Art

Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	5	3	1
	0,0%	0,0%	0,0%

  Klagen in Zwangsvollstreckungssachen,  
  Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines  
  ausländischen Urteils auf Grund eines  
  Vollstreckungsvertrages

	158	124	88
	0,5%	0,4%	0,3

  Verfahren über Arrest oder einstweilige  
  Verfügung

	2.478	2.257	1.987
	7,8%	7,2%	6,5

Klageverfahren	26.258	26.288	26.563
	82,7%	83,8%	86,7

  Sonstige zur Zuständigkeit des

Prozessgerichts gehörende Verfahren	2.851	2.688	1.954
	9,0%	8,6%	6,4

##### b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet

#### Zivilkammern

(bis 2005 inkl. Bauland-, Entschädigungs-,  
Rückerstattungskammern)

Bau-/Architektensachen (ohne  
Architektenhonorarsachen)

	1.560	1.777	1.961
	4,9%	5,7%	6,4%

	2008	2009	2010
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	575 1,8%	954 3,0%	985 3,2%
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	274 0,9%	277 0,9%	288 0,9%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	265 0,8%	271 0,9%	556 1,8%
Gewerblicher Rechtsschutz	1.481 4,7%	1.421 4,5%	1.275 4,2%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	4.227 13,3%	4.270 13,6%	4.417 14,4%
Verkehrsunfallsachen	1.629 5,1%	1.732 5,5%	1.733 5,7%
Kaufsachen	2.156 6,8%	2.386 7,6%	2.424 7,9%
Arzthaftungssachen	465 1,5%	548 1,7%	633 2,1%
Reisevertragssachen	109 0,3%	90 0,3%	85 0,3%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsschädigung)	291 0,9%	297 0,9%	213 0,7%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/ Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	12 0,0%	6 0,0%	3 0,0%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	7 0,0%	11 0,0%	0 0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	14.259 44,9%	12.733 40,6%	11.924 38,9%
<b>Kammer für Handelssachen</b>			
Handelsvertretersachen	159 0,5%	138 0,4%	120 0,4%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	671 2,1%	883 2,8%	435 1,4%
Bausachen	243 0,8%	255 0,8%	249 0,8%

	2008	2009	2010
Markensachen	134 0,4%	100 0,3%	103 0,3%
Wettbewerbssachen	775 2,4%	868 2,8%	659 2,2%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.449 7,7%	2.326 7,4%	2.019 6,6%
c) Erledigungen der Zivilkammern	27.310	26.773	27.041
Davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
bei dem Einzelrichter	24.383 89,3%	23.910 89,3%	24.136 89,3%
bei der Kammer	2.927 10,7%	2.863 10,7%	2.905 10,7%

## II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.254	5.223	5.062
Erledigungen	5.150	5.150	5.155
davon durch die			
Zivilkammer	5.115	5.118	5.133
Kammer für Handelssachen	35	32	22
Unerledigt am Jahresende	2.570	2.644	2.551
b) Erledigte Verfahren	5.150	5.150	5.155
Davon waren			
a) Erledigte Verfahren nach der Art Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	5 0,1%	16 0,3%	23 0,4%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	13 0,3%	11 0,2%	11 0,2%
Berufungsverfahren	4.867 94,5%	4.783 92,9%	4.931 95,7%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungs- gerichts gehörende Verfahren	264 5,1%	337 6,5%	190 3,7%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			

	2008	2009	2010
<b>Zivilkammern</b>			
Wohnungsmietsachen	853 16,6%	984 19,1%	1.073 20,8%
Sonstige Mietsachen	99 1,9%	99 1,9%	127 2,5%
Verkehrsunfallachen	593 11,5%	644 12,5%	748 14,5%
Kaufsachen	241 4,7%	263 5,1%	328 6,4%
Arzthaftungssachen	17 0,3%	22 0,4%	24 0,5%
Nachbarschaftssachen	51 1,0%	66 1,3%	65 1,3%
Reisevertragssachen	196 3,8%	181 3,5%	179 3,5%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	38 0,7%	75 1,5%	96 1,9%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	10 0,2%	14 0,3%	33 0,6%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	5 0,1%	8 0,2%	0 0,0%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	16 0,3%	19 0,4%	36 0,7%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	94 1,8%	76 1,5%	136 2,6%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.669 51,8%	2.370 46,0%	1.917 37,2%

#### **Kammer für Handelssachen**

Handelsvertretersachen	2 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Bausachen	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Markensachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Wettbewerbssachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%

	2008	2009	2010
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	33	32	20
	0,6%	0,6%	0,4%
<b>III. Beschwerden</b>			
Eingänge	7.701	7.374	7.147
<b>B Strafsachen</b>			
<b>I. Strafsachen in erster Instanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.303	1.405	1.460
Erledigungen	1.372	1.345	1.432
Unerledigt am Jahresende	651	713	741
b) Erledigte Verfahren	1.372	1.345	1.432
Darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	21	28	27
	1,5%	2,1%	1,9%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	25	15	16
	1,8%	1,1%	1,1%
Anklagen	1.166	1.182	1.248
	85,0%	87,9%	87,2%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	70	57	81
	5,1%	4,2%	5,7%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	82	61	57
	6,0%	4,5%	4,0%
<b>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.317	3.090	3.010
Erledigungen	3.275	2.974	3.000
Unerledigt am Jahresende	1.109	1.225	1.235
b) Erledigte Verfahren	3.275	2.974	3.000
Davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	3	1	2
	0,1%	0,0%	0,1%
Anträge auf Wiederaufnahme			

	2008	2009	2010
nach Rechtskraft	0	0	2
	0,0%	0,0%	0,1%
Durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	35	30	33
	1,1%	1,0%	1,1%
Berufungen in Officialverfahren	2.897	2.686	2.681
	88,5%	90,3%	89,4%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	337	257	282
	10,3%	8,6%	9,4%
<b>III. Beschwerden in Strafsachen</b>			
Eingänge	3.227	3.089	3.225
<b>IV. Strafvollstreckungssachen</b>			
1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	7.172	6.694	7.046
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	630	626	675

### Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

#### A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	190.277	186.764	184.222
Erledigungen	186.583	185.280	172.201
Unerledigt am Jahresende	41.140	42.674	54.721
II. Anzeigen gegen unbekannt Täter	74.477	72.028	76.607
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	681	578	257

#### B Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	187.680	189.895	199.933
Erledigungen	190.189	186.899	201.649
Unerledigt am Jahresende	25.175	28.216	26.517



	2008	2009	2010
II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	143.485	136.732	133.964
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	22.955	25.551	30.167

### **C Strafvollstreckung**

I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	72.285	66.520	66.783
II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	2.860	3.250	2.916
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	102.542	109.818	98.725

### **D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften**

Gnadensachen	446	429	397
Entschädigungssachen nach dem StREG	128	110	77
Zivilsachen	1	0	4
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	3.314	3.490	4.473

## **OBERLANDESGERICHT**

### **A Zivilsachen (ohne Familiensachen)**

#### **I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.452	5.205	5.078
Erledigungen	5.193	4.947	5.231
Unerledigt am Jahresende	4.337	4.596	4.442
b) Erledigte Verfahren	5.193	4.947	5.231
a) Erledigte Verfahren nach der Art Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines aus-			

	2008	2009	2010
ländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsverfahrens	2 0,0%	3 0,1%	5 0,1%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	144 2,8%	145 2,9%	118 2,3%
Berufungsverfahren	5.031 96,9%	4.763 96,3%	5.070 96,9%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	16 0,3%	35 0,7%	36 0,7%
<b>b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet</b>			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	318 6,1%	320 6,5%	327 6,3%
Arzthaftungssachen	126 2,4%	160 3,2%	172 3,3%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	68 1,3%	55 1,1%	72 1,4%
Verkehrsunfallsachen	275 5,3%	273 5,5%	296 5,7%
Kaufsachen	359 6,9%	331 6,7%	393 7,5%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	33 0,6%	41 0,8%	41 0,8%
Reisevertragssachen	52 1,0%	40 0,8%	22 0,4%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	633 12,2%	621 12,6%	728 13,9%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	143 2,8%	186 3,8%	203 3,9%
Gewerblicher Rechtsschutz	213 4,1%	203 4,1%	240 4,6%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0 0,0%	1 0,0%	0 0,0%
Sonstige gesellschaftsrechtliche			

	2008	2009	2010
Streitigkeiten	160 3,1%	152 3,1%	124 2,4%
Angelegenheiten nach dem Gewaltschutzgesetz	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Entschädigungssachen nach dem BEG	1 0,0%	1 0,0%	2 0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	2.811 54,1%	2.563 51,8%	2.422 46,3%
<b>II. Beschwerden</b>			
Eingänge	3.020	2.779	2.645

## B Familiensachen

### I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)

		Jan.-Aug. 2009	Sept.-Dez. 2009		
a) Geschäftsentwicklung:					
Eingänge	1.820	1.369	663		2.285
Erledigungen	1.814	1.291	641		2.332
Unerledigt am Jahresende	1.316	1.394	1.416		1.367
b) Erledigte Verfahren					
Davon waren					
Scheidungsverfahren mit Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	124 6,8%	77 6,0%	entfällt entfällt	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Scheidungsverfahren ohne Anfechtung des die Scheidung aussprechenden oder ablehnenden Urteils	310 17,1%	208 16,1%	entfällt entfällt	entfällt entfällt	entfällt entfällt
andere Eheverfahren mit Anfechtung des Urteils in der Ehesache	2 0,1%	0 0,0%	entfällt entfällt	entfällt entfällt	entfällt entfällt
andere Eheverfahren ohne Anfechtung des Urteils in der Ehesache	4 0,2%	1 0,1%	entfällt entfällt	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	62 3,4%	43 3,3%	entfällt entfällt	entfällt entfällt	entfällt entfällt

	2008		2009	2010
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	1.299 71,6%	955 74,0%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Verfahren nach dem Lebenspartner- schaftsgesetz	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz	13 0,7%	7 0,5%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Familiensachen	entfällt entfällt	entfällt entfällt	641 100,0%	2.331 100,0
c) Mit den erledigten Verfahren waren an				
Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	1.869	1.323	690	2.477
davon betrafen				
Scheidung	entfällt entfällt	entfällt entfällt	32 4,6%	124 5,0%
Übertragung oder Entziehung der elterlichen Sorge	326 17,4%	255 19,3%	122 17,7%	498 20,1%
Regelung des Umgangs (auch nach § 52a FGg)	131 7,0%	98 7,4%	41 5,9%	174 7,0%
Herausgabe des Kindes	14 0,7%	11 0,8%	4 0,6%	25 1,0%
Unterhalt für das Kind	384 20,5%	275 20,8%	144 20,9%	434 17,5%
Unterhalt für sonstige Verwandte (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	1 0,1%	2 0,2%	2 0,3%	3 0,1%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	524 28,0%	346 26,2%	190 27,5%	542 21,9%
Versorgungsausgleich	340 18,2%	231 17,5%	99 14,3%	356 14,4%
Wohnung und/oder Hausrat	37 2,0%	19 1,4%	11 1,6%	50 2,0%
Ansprüche aus dem Güterrecht	53 2,8%	45 3,4%	24 3,5%	94 3,8%
Kindschaftssache gem. § 640 ZPO	15 0,8%	7 0,5%	entfällt entfällt	entfällt entfällt
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	6 0,3%	4 0,3%	7 1,0%	48 1,9%
Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	8	4	0	7

	2008		2009	2010
	0,4%	0,3%	0,0%	0,3%
Unterbringung eines Kindes gem. § 1631b BGB	5 0,3%	1 0,1%	1 0,1%	18 0,7%
Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	entfällt	entfällt	1	0
sonstige Kindschaftssache	entfällt	entfällt	0,1%	0,0%
Abstammungssache	entfällt	entfällt	0	12
Adoptionssache	entfällt	entfällt	0,0%	0,5%
	entfällt	entfällt	5	16
	entfällt	entfällt	0,7%	0,6%
Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	entfällt	entfällt	0	8
	entfällt	entfällt	0,0%	0,3%
sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	entfällt	entfällt	0	1
	entfällt	entfällt	0,0%	0,0%
weitere Familiensache	entfällt	entfällt	0	15
	entfällt	entfällt	0,0%	0,6%
Sonstiger Gegenstand	25 1,3%	25 1,9%	7 1,0%	46 1,9%
	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
<b>II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen</b>	1.681	1.198	573	2.096

## C Strafsachen

### I. Strafsachen in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	3		4	2
Erledigungen	2		2	5
Unerledigt am Jahresende	2		4	1

### II. Strafsachen in der Revisionsinstanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	388		384	379
Erledigungen	391		347	388
Unerledigt am Jahresende	71		109	100

### III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren

Beschwerden in Strafsachen	1.346		1.333	1.394
Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121 ff. StPO)	227		232	153
Anträge auf gerichtliche Entscheidung				

	2008	2009	2010
nach § 172 StPO	252	198	184
Auslieferungsverfahren	184	218	194
Verfahren nach § 23 EGGVG	52	48	54
Anträge nach § 51 RVG	96	77	54

## D Bußgeldverfahren

### I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden

#### a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	592	643	867
Erledigungen	575	644	868
Unerledigt am Jahresende	51	50	52

#### b) Erledigte Verfahren

##### Davon waren

Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	377	416	500
	65,6%	64,6%	57,6%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	1	0	0
	0,2%	0,0%	0,0%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden (§ 80 Abs. 1 OWiG)	197	228	368
	34,3%	35,4%	42,4%

### II. Sonstiger Geschäftsanfall

#### Einsprüche nach dem Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0
---------------------------	---	---	---

## Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht

### A Ermittlungsverfahren

#### Geschäftsentwicklung:

Eingänge	0	0	0
Erledigungen	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	0	0	0

### B Andere Geschäfte

Revisionen	437	425	427
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	628	667	896

	2008	2009	2010
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	951	909	1.039
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	3.209	3.083	3.220
Haftprüfungsverfahren	151	169	151
Aus- und Durchlieferungssachen	264	290	315
Berufsgerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren	445	511	593
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	238	192	197
Entschädigungssachen nach dem StREG	246	236	199
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	369	451	607
Kartellbußgeldsachen	29	10	8

### Verwaltungsgerichte

#### A Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	7.455	7.112	7.385
darunter Asylsachen	1.129	1.122	1.544
Erledigungen	8.082	7.504	7.220
darunter Asylsachen	1.342	1.185	1.157
Unerledigt am Jahresende	5.486	5.066	5.199
darunter Asylsachen	806	729	1.098
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	8.082	7.504	7.220
Davon entfielen auf die Sachgebiete Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	85	101	83
	1,1%	1,3%	1,1%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	399	368	415
	4,9%	4,9%	5,7%
Numerus-clausus-Verfahren	44	82	124
	0,5%	1,1%	1,7%
Wirtschafts- und Wirtschaftsver- waltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	663	746	724
	8,2%	9,9%	10,0%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	937	912	779
	11,6%	12,2%	10,8%

	2008	2009	2010
Ausländerrecht	1.536 19,0%	1.132 15,1%	1.104 15,3%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	1.342 16,6%	1.185 15,8%	1.157 16,0%
Asylrecht - Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	461 5,7%	419 5,6%	396 5,5%
Umweltrecht	234 2,9%	256 3,4%	218 3,0%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerks- kammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	691 8,5%	813 10,8%	655 9,1%
Recht des öffentlichen Dienstes	981 12,1%	803 10,7%	937 13,0%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	87 1,1%	91 1,2%	85 1,2%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	530 6,6%	499 6,6%	479 6,6%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	12 0,1%	9 0,1%	2 0,0%
Sonstiges	78 1,0%	87 1,2%	59 0,8%

## **B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

### **I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**

#### a) Geschäftsentwicklung: Eingänge

6.170	5.904	7.834
-------	-------	-------



	2008	2009	2010
darunter Asylsachen	498	422	483
darunter NC-Verfahren	3.586	3.371	5.383
Erledigungen	5.767	6.042	6.380
darunter Asylsachen	520	414	474
darunter NC-Verfahren	3.071	3.483	3.965
Unerledigt am Jahresende	2.665	2.540	3.985
darunter Asylsachen	17	23	25
darunter NC-Verfahren	2.316	2.220	3.643
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	5.767	6.042	6.380
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	32 0,6%	30 0,5%	37 0,6%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	113 2,0%	207 3,4%	152 2,4%
Numerus-clausus-Verfahren	3.071 53,3%	3.483 57,6%	3.965 62,1%
Wirtschafts- und Wirtschafts- verwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	76 1,3%	62 1,0%	106 1,7%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	510 8,8%	512 8,5%	365 5,7%
Ausländerrecht	707 12,3%	607 10,0%	564 8,8%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Asylrecht - Eilverfahren	520 9,0%	414 6,9%	474 7,4%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	158 2,7%	159 2,6%	159 2,5%
Umweltrecht	38 0,7%	61 1,0%	37 0,6%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberater-			

	2008	2009	2010
kammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	157 2,7%	148 2,4%	170 2,7%
Recht des öffentlichen Dienstes	269 4,7%	246 4,1%	224 3,5%
Disziplinarrecht/Berufsgewerbliche Verfahren	8 0,1%	7 0,1%	10 0,2%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	83 1,4%	63 1,0%	86 1,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	6 0,1%	12 0,2%	2 0,0%
Sonstiges	19 0,3%	31 0,5%	29 0,5
<b>II. Vollstreckungsverfahren</b>	91	113	109
<b>III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens</b>	256	354	391

### Hessischer Verwaltungsgerichtshof

#### A Hauptverfahren in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	166	101	48
Erledigungen	110	170	73
Unerledigt am Jahresende	149	83	58

#### B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.121	1.114	1.066
darunter Asylsachen	161	131	114
Erledigungen	1.121	1.117	1.013

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
darunter Asylsachen	203	151	123
Unerledigt am Jahresende	608	613	663
darunter Asylsachen	90	70	61
<b>b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)</b>	<b>1.121</b>	<b>1.117</b>	<b>1.013</b>
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	18 1,6%	7 0,6%	14 1,4%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	60 5,4%	62 5,6%	52 5,1%
Numerus-clausus-Verfahren	0 0,0%	3 0,3%	2 0,2%
Wirtschafts- und Wirtschaftsver- waltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	89 7,9%	84 7,5%	123 12,1%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	122 10,9%	125 11,2%	135 13,3%
Ausländerrecht	184 16,4%	201 18,0%	146 14,4%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	203 18,1%	151 13,5%	123 12,1%
Asylrecht - Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	75 6,7%	72 6,4%	92 9,1%
Umweltrecht	35 3,1%	32 2,9%	41 4,0%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberater- kammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	110 9,8%	101 9,0%	89 8,8%

	2008	2009	2010
Recht des öffentlichen Dienstes	118	180	77
	10,5%	16,1%	7,6%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	16	20	21
	1,4%	1,8%	2,1%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	71	74	94
	6,3%	6,6%	9,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	14	1	2
	1,2%	0,1%	0,2%
Sonstiges	6	4	2
	0,5%	0,4%	0,2%

**C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

**I. a) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz:**

Eingänge	1.153	1.566	930
Erledigungen	1.311	1.538	1.050
Unerledigt am Jahresende	186	209	91
<b>b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)</b>	<b>1.311</b>	<b>1.538</b>	<b>1.050</b>
Davon entfielen auf die Sachgebiete Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	11	12	7
	0,8%	0,8%	0,7%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	28	33	32
	2,1%	2,1%	3,0%
Numerus-clausus-Verfahren	537	738	384
	41,0%	48,0%	36,6%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	20	25	28
	1,5%	1,6%	2,7%

	2008	2009	2010
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	222 16,9%	311 20,2%	118 11,2%
Ausländerrecht	293 22,3%	242 15,7%	224 21,3%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Asylrecht - Eilverfahren	12 0,9%	3 0,2%	6 0,6%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	37 2,8%	52 3,4%	65 6,2%
Umweltrecht	10 0,8%	15 1,0%	11 1,0%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberater- kammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	64 4,9%	46 3,0%	92 8,8%
Recht des öffentlichen Dienstes	63 4,8%	48 3,1%	47 4,5%
Disziplinarrecht/Berufsgewichtliche Verfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	11 0,8%	11 0,7%	24 2,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sonstiges	3 0,2%	2 0,1%	12 1,1%

**II. Geschäftsentwicklung der Beschwerden  
gegen Entscheidungen/Verfahren zur  
Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz  
in numerus-clausus-Sachen:**

Eingänge	354	772	307
Erledigungen	537	738	384

	2008	2009	2010
Unerledigt am Jahresende	41	77	0
<b>III. Sonstige Beschwerden</b>	<b>618</b>	<b>544</b>	<b>582</b>

### Hessisches Finanzgericht

#### A Klagen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.083	2.748	2.777
Erledigungen	3.144	2.963	2.720
Unerledigt am Jahresende	4.152	3.944	3.971
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	3.714	3.540	3.208
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Gewinneinkünfte	282	315	277
	7,6%	8,9%	8,6%
Überschusseinkünfte	328	329	293
	8,8%	9,3%	9,1%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	675	562	448
	18,2%	15,9%	14,0%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	57	47	55
	1,5%	1,3%	1,7%
Körperschaftsteuer	162	150	103
	4,4%	4,2%	3,2%
Objektbezogene Steuern	278	279	244
	7,5%	7,9%	7,6%
Verkehrssteuer	489	505	459
	13,2%	14,3%	14,3%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	47	52	98
	1,3%	1,5%	3,1%
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungs- leistungen (einschließlich Familienleistungs-			

	2008	2009	2010
ausgleich)	676	641	627
	18,2%	18,1%	19,5%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	362	329	296
	9,7%	9,3%	9,2%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	358	3	301
	9,6%	9,4%	9,4%

## B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	483	501	553
Erledigungen	510	471	555
Unerledigt am Jahresende	148	178	177
b) Erledigte Verfahren	510	471	555
Davon waren			
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	474	437	529
	92,9%	92,8%	95,3%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	36	34	26
	7,1%	7,2%	4,7%

## C Sonstige Verfahren

Kostensachen	88	53	84
Sonstige selbständige Verfahren	6	3	0

## Arbeitsgerichte

### A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	36.700	38.949	32.942
Erledigungen	35.949	37.678	34.782
Unerledigt am Jahresende	10.664	11.681	9.843

Davon waren :

1. Normalklagen

	2008	2009	2010
Eingänge	34.541	37.193	31.206
Erledigungen	34.035	35.675	33.090
Unerledigt am Jahresende	9.818	11.096	9.216
<b>2. Beschlussverfahren</b>			
Eingänge	2.159	1.756	1.736
Erledigungen	1.914	2.003	1.692
Unerledigt am Jahresende	846	585	627
<b>B Sozialkassenklagen</b>			
Eingänge	29.648	27.887	15.632
Erledigungen	30.110	26.723	21.571
Unerledigt am Jahresende	8.363	9.527	3.588
<b>C Eingänge Arreste und einstweilige Verfügungen</b>	494	592	584
<b>D Eingänge Mahnverfahren</b>	34.479	41.803	5.818
davon waren			
1. Normalverfahren	1.625	1.395	1.556
2. Sozialkassenverfahren	32.854	40.408	4.262

### Hessisches Landesarbeitsgericht

#### A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschlussachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2.565	2.293	2.141
Erledigungen	2.349	2.718	1.984
Unerledigt am Jahresende	1.654	1.229	1.370

Davon waren:

<b>1. Berufungen</b>			
Eingänge	2.288	2.039	1.922
Erledigungen	2.032	2.452	1.762
Unerledigt am Jahresende	1.534	1.121	1.268

von den erledigten Berufungen waren

Bestandsstreitigkeiten	537	573	468
------------------------	-----	-----	-----



	2008	2009	2010
2. Beschwerdeverfahren in Beschluss­sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG			
Eingänge	277	254	219
Erledigungen	317	266	222
Unerledigt am Jahresende	120	108	102

## **B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG**

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	735	690	551
Erledigungen	754	670	558
Unerledigt am Jahresende	140	160	136

## **Sozialgerichte**

### **I. Geschäftsentwicklung**

#### **Einstweiliger Rechtsschutz**

Eingänge gesamt	3.051	3.383	3.206
Erledigungen gesamt	3.106	3.107	3.459
Bestand Jahresende gesamt	312	587	336

### **II. Geschäftsentwicklung Klageverfahren**

Eingänge gesamt	22.501	20.797	22.284
Erledigungen gesamt	21.005	20.909	23.332
Bestand Jahresende gesamt	28.457	28.299	27.285

Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	21.005	20.909	23.332
---	--------	--------	--------

Krankenversicherung	2.585	2.585	2.865
	12,3%	12,4%	12,3%

Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	1.035	866	1.102
	4,9%	4,1%	4,7%

Pflegeversicherung	345	418	443
	1,6%	2,0%	1,9%

Unfallversicherung	1.381	1.416	1.432
	6,6%	6,8%	6,1%

Rentenversicherung	4.081	3.795	4.110
	19,4%	18,2%	17,6%

Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	1	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%

	2008	2009	2010
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	2.481 11,8%	2.082 10,0%	2.488 10,7%
Angelegenheiten nach dem SGB II	4.024 19,2%	5.306 25,4%	6.442 27,6%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	975 4,6%	1.118 5,3%	1.090 4,7%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	239 1,1%	203 1,0%	246 1,1%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	3.400 16,2%	2.665 1	2.727 11,7%
Sonstiges	458 2,2%	454 2,2%	387 1,7%

### Hessisches Landessozialgericht

#### I. Geschäftsentwicklung I. Instanz

Eingänge gesamt	entfällt	11	13
Erledigungen gesamt	entfällt	10	14
Bestand Jahresende gesamt	entfällt	3	8

#### II. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz

Eingänge gesamt	52	4	10
Erledigungen gesamt	163	7	9
Bestand Jahresende gesamt	3	0	1

#### III. Geschäftsentwicklung Berufungsverfahren

Eingänge gesamt	1.674	1.665	1.763
Erledigungen gesamt	1.820	1.576	1.554
Bestand Jahresende gesamt	1.797	1.881	2.081
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet		1.576	1.554
Krankenversicherung	277 15,2%	314 19,9%	260 16,7%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	83 4,6%	95 6,0%	60 3,9%

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Pflegeversicherung	27 1,5%	30 1,9%	27 1,7%
Unfallversicherung	217 11,9%	202 12,8%	263 16,9%
Rentenversicherung	461 25,3%	412 26,1%	337 21,7%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	288 15,8%	169 10,7%	167 10,7%
Angelegenheiten nach dem SGB II	200 11,0%	172 10,9%	240 15,4%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	74 4,1%	74 4,7%	76 4,9%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	58 3,2%	19 1,2%	28 1,8%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	68 3,7%	29 1,8%	65 4,2%
Sonstiges	67 3,7%	60 3,8%	31 2,0%

#### **IV. Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz**

Eingänge gesamt	900	364	363
Erledigungen gesamt	753	376	348
Bestand Jahresende gesamt	293	74	89

#### **V. Sonstige Beschwerden**

Eingänge gesamt	900	524	497
davon			
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	entfällt	364	363
Erledigungen gesamt	753	540	504
davon			
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	entfällt	376	348
Bestand Jahresende gesamt	293	194	187
davon			

359

	2008	2009	2010
Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz	entfällt	74	89

---

## P E R S O N A L N A C H R I C H T E N

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

### Landgerichte

Ernannt wurden:

Zur Richterin  
am Landgericht

: Richterinnen auf Probe Marion Schwarzkopf und  
Dr. Jessica Kriewald in Frankfurt am Main - beide unter  
gleichzeitiger Berufung in das Richterverhältnis auf Lebens-  
zeit -;

zum Richter  
am Landgericht

: Richter auf Probe Simon Schaller und Dr. Alexander Kolz in  
Frankfurt am Main - beide unter gleichzeitiger Berufung in das  
Richterverhältnis auf Lebenszeit -.

### Amtsgerichte

Ernannt wurde:

Zum Direktor  
des Amtsgerichts

: Richter am Amtsgericht - als der ständige Vertreter eines Direk-  
tors - Udo Lautenbach in Hünfeld.

### Verwaltungsgerichte

Ernannt wurde:

Zum Vizepräsidenten  
des Verwaltungsgerichts : Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshofs Prof. Dr.  
Lothar Fischer in Kassel.

#### **Hessischer Anwaltsgerichtshof**

Ernannt wurde:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Dr. Wolfgang Weber zum Mitglied des  
Hessischen Anwaltsgerichtshofs für die Zeit vom 1. August 2011 bis 31. Juli 2016.

#### **Anwaltsgerichte**

Ernannt wurde:

Rechtsanwältin Martina Philippi zur ehrenamtlichen Richterin bei dem Anwaltsgericht für  
den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main - unter gleichzeitiger Berufung in  
ein ehrenamtliches Richterverhältnis -, für die Zeit vom 1. Juni 2011 bis 31. Mai 2016.

#### **Notarinnen und Notare**

Zur Notarin, zum Notar wurden bestellt:

Rechtsanwältinnen Britta Ochmann-Hirtz mit dem Amtssitz in Hainburg und  
Hanna Maria Happel mit dem Amtssitz in Höchst im Odenwald; Rechtsanwälte  
Oliver Wedel mit dem Amtssitz in Ginsheim-Gustavsburg und Oliver Sascha Bensch  
mit dem Amtssitz in Neckarsteinach.

Ausgeschieden sind:

Auf eigenen Antrag:

Notar Horst Schäfer mit dem Amtssitz in Mühlheim am Main

Aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

Notare Horst Gössl mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main, Norbert Winter mit dem  
Amtssitz in Offenbach am Main, Dieprand von Schlabrendorff mit dem Amtssitz in  
Wiesbaden und Jörg Bergemann mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main.

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

### Hessisches Ministerium der Justiz für Integration und Europa

1. In der Abteilung für Zivilrecht und Öffentliches Recht einschließlich Rechtspflege und Gesetzgebungsangelegenheiten, Ausbildung (Abteilung II) ist zum nächst möglichen Zeitpunkt eine Stelle für einen Referatsleiter/Referatsleiterin neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst schwerpunktmäßig folgende Inhalte:

- Gesetzgebung, allgemeine und Einzelangelegenheiten auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts
- Zwangsvollstreckung
- Insolvenzrecht.

Neben allgemeinen Voraussetzungen wie Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative, Flexibilität, Belastbarkeit, Durchsetzungsvermögen, Kreativität und Innovationsfreude werden von der Bewerberin oder dem Bewerber als besondere Voraussetzungen sehr gute und umfassende Rechtskenntnisse sowie ein sehr gutes systematisch-analytisches Denkvermögen vorausgesetzt.

Weitere Anforderungskriterien sind ein hohes Maß an Selbstständigkeit und besondere Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, sehr gut ausgeprägte Fähigkeit zur Personalführung, Motivation und Konfliktlösung sowie sehr gute Entscheidungskompetenz.

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ist aufgrund seines Frauenförderplans bestrebt, den Frauenanteil zu erhöhen und fordert deshalb qualifizierte Frauen besonders auf, sich zu bewerben.

Teilzeitbeschäftigung ist im Rahmen der dienstlichen Erfordernisse grundsätzlich möglich.

Ein eventuelles Interesse bitte ich mir **bis spätestens 28. Juli 2011** mitzuteilen. Dabei bitte ich, das Einverständnis zur Einsicht in die Personalakten zu erklären.

### Ordentliche Gerichtsbarkeit

2. Eine Richterin oder einen Richter  
am Oberlandesgericht Frankfurt am Main ( R 2 ).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 ( S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.2 ) veröffentlichten Anforderungsprofil - neu in Kraft gesetzt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 ( JMBl. S. 22 ) - auszurichten.

3. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter  
am Landgericht Frankfurt am Main ( R 2 )

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 ( S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.3 ) veröffentlichten Anforderungsprofil - neu in Kraft gesetzt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 ( JMBl. S. 22 ) - auszurichten.

4. Eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter Geschäftsleiterin (§ 7 GO)  
bei dem Amtsgericht Fürth ab dem 1. Oktober 2011.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung zu Nr. 4 wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

#### **I. Allgemeine Voraussetzungen:**

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein

#### **II. Besondere Voraussetzungen:**

1. Fachkompetenz
  - Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
  - Mindestens gutes fachliches Können
2. Soziale Kompetenz
  - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
  - Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
  - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
3. Führungskompetenz
  - Fähigkeit zum Vorbild
  - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
  - Befähigung zur Personalführung und Motivation
4. Organisatorische Kompetenz
  - Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
  - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
  - Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz

Bewerbungen sind binnen **eines Monats** auf dem Dienstweg an den Direktor des Amtsgerichts Fürth zu richten.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

### **Verwaltungsgerichtsbarkeit**

5. Eine Richterin oder einen Richter  
am Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel ( R 2 )

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2005 ( S. 55 ff., Anlage 1, Ziffer 2.2 ) veröffentlichten Anforderungsprofil- neu in Kraft gesetzt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 ( JMBl. S. 22 ) - auszurichten.

6. Eine Oberinspektorin oder einen Oberinspektor (A 10 BBesG)  
bei dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel zum nächstmöglichen Zeitpunkt

#### **Aufgabengebiet:**

Festsetzung der außergerichtlichen Kosten, Sachbearbeitung in der Verwaltungsabteilung

Bzüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

#### **I. Allgemeine Voraussetzungen:**

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein.

#### **II. Besondere Voraussetzungen:**

##### **1. Fachkompetenz**

- Erfahrung in der Rechtspflege und/oder der Justizverwaltung
- Gutes fachliches Können
- Gute Kenntnisse beim Einsatz von Informationstechnik
- Gute Kenntnisse in der Festsetzung außergerichtlicher Kosten (RVG)



## 2. Soziale Kompetenz

- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Teamfähigkeit
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit.

Bewerbungen sind auf dem Dienstweg binnen **drei Wochen** zu richten an:  
Herrn Präsidenten des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs Kassel,  
Brüder-Grimm-Platz 1 – 3, 34117 Kassel.

### Die Justizvollzugsanstalten des Landes Hessen

suchen zum 01.08.2012 Inspektoranwärterinnen und Inspektoranwärter  
für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst

Der Vorbereitungsdienst dauert drei Jahre und ist in theoretische und fachpraktische Ausbildungsabschnitte unterteilt. Die Studienabschnitte erfolgen an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel, die praktischen Ausbildungszeiten in den hessischen Justizvollzugsbehörden. Bei erfolgreich abgelegter Laufbahnprüfung und Vorliegen sämtlicher beamtenrechtlicher Voraussetzungen ist die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe vorgesehen.

Die anschließende Verwendung erfolgt in einer Funktion der mittleren Führungsebene in einer Behörde des hessischen Justizvollzugs oder der einer Sachbearbeitung im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa.

Einstellungsvoraussetzung ist Abitur, Fachhochschulreife oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand.

Neben Belastbarkeit, Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft und Entscheidungskompetenz wird von den Bewerberinnen und Bewerbern eine gute Organisationsfähigkeit erwartet. Wünschenswert sind darüber hinaus Initiative, Kreativität, soziale Kompetenz und die Fähigkeit zu betriebswirtschaftlichem Denken und Handeln. Berufliche Erfahrungen oder im Rahmen eines Studiums erworbene Rechtskenntnisse sind von Vorteil.

Nach § 30 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Anwärter des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes können Beamtinnen und Beamte des mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des allgemeinen Vollzugsdienstes zum Aufstieg zugelassen werden.

Das Land Hessen ist bestrebt, den Anteil von Frauen im Landesdienst zu erhöhen und fordert daher insbesondere Frauen zur Bewerbung auf.

Bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Beurteilungen sind bis zum

### **31. August 2011**

an den Leiter des Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug – H.B.Wagnitz-Seminar -, Josef Baum-Haus 1, 65199 Wiesbaden, zu senden.

Telefonische Auskünfte erteilt Herr Neurath, Tel: 0611/468061.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Dem Hessischen Ministerium der Justiz wurde das Zertifikat audit berufundfamilie® hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verliehen.

Bewerbungen zu Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 5 sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

**Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens zu Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 5 auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.**

---

### **BERICHTIGUNG**

zum Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen Nr. 6 vom 1. Juni 2011 – S. 312 f. –

Hinsichtlich des auf Seite 312 im Anschluss an die Stellenausschreibung **Nr. 5** veröffentlichten Anforderungsprofils muss es wie folgt richtig lauten:

„Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung zu Nr. 5 wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:“

---

## HINWEISE

Der Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main stellt zum 1. September 2012 voraussichtlich wieder

### **Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahn des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerlaufbahn)**

ein.

Voraussetzung für die Einstellung ist die deutsche Staatsangehörigkeit und die Fachhochschulreife, eine andere zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsstand.

Die Bewerberinnen und Bewerber dürfen zum Zeitpunkt der Einstellung nicht älter als 35 Jahre sein. Dies gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- und Zulassungsscheines und in den Fällen des § 7 Abs.2 des Soldatenversorgungsgesetzes.

Bewerberinnen und Bewerber, die wegen Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter achtzehn Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen nahen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des sechsunddreißigsten Lebensjahres abgesehen haben, können bis zum Höchstalter von vierzig Lebensjahren eingestellt werden. Angestellte, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie schwerbehinderte Menschen können bis zum vierzigsten Lebensjahr eingestellt werden, wenn sie den geforderten Bildungsstand erfüllen.

**Bewerbungen sind bis zum 31. Oktober 2011 bei dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, 60256 Frankfurt am Main, einzureichen.**

Justizbedienstete reichen ihre Bewerbung bitte auf dem Dienstweg ein.

Der Bewerbung sind beizufügen:

- a) Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschrift des Schulabgangszeugnisses oder des letzten Schulzeugnisses (Sommer 2011),

- c) beglaubigte Abschriften der Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
- d) eine Erklärung, ob und ggf. welche Schulden die Bewerberin oder der Bewerber hat.

Die Auswahl erfolgt nach dem Ergebnis einer Eignungsprüfung, der sich alle Bewerberinnen und Bewerber zu unterziehen haben.

Schwerbehinderte Menschen werden nach Maßgabe des Sozialgesetzbuches - Neuntes Buch - (SGB IX) besonders berücksichtigt.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen damit rechnen, dass sie nach bestandener Rechtspflegerprüfung nur nach Maßgabe besetzbarer Stellen in den gehobenen Justizdienst übernommen und bei jeder Justizbehörde innerhalb Hessens eingesetzt werden können.

Nähere Informationen über das Berufsbild und die Ausbildung sind auf den Internetseiten aller hessischen Justizbehörden in der Rubrik Justizberufe zu finden.

Für Beamtinnen und Beamte des mittleren Justizdienstes, die sich als Aufstiegsbeamtinnen und - beamte für den gehobenen Justizdienst bewerben wollen, erfolgt noch eine gesonderte Ausschreibung.

Der Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main stellt zum 1. September 2012 voraussichtlich wieder

### **Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes**

für die Ausbildung zur **Justizfachwirtin / zum Justizfachwirt** ein.

Eingestellt werden kann, wer die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis erfüllt und den Abschluss einer Realschule oder einen schulrechtlich als gleichwertig anerkannten Bildungsstand oder den Abschluss einer Hauptschule und den Abschluss der Berufsausbildung zur oder zum Justiz(fach)angestellten oder den Abschluss einer anderen förderlichen Berufsausbildung nachweist.

Die Bewerberinnen und Bewerber dürfen nicht älter als 35 Jahre sein. Dies gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- und Zulassungsscheines und in den Fällen des § 7 Abs.2 des Soldatenversorgungsgesetzes.

Bewerberinnen und Bewerber, die wegen Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter achtzehn Jahren oder wegen der tatsächlichen Pflege einer oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen nahen Angehörigen von einer Bewerbung vor Vollendung des sechsunddreißigsten Lebensjahres abgesehen haben, können bis zum Höchstalter von vierzig Lebensjahren eingestellt werden.

Angestellte, Arbeiterinnen oder Arbeiter, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie schwerbehinderte Menschen können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden, wenn sie den geforderten Bildungsstand erfüllen.

**Bewerbungen sind bis zum 31. Oktober 2011 bei dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, 60256 Frankfurt am Main, einzureichen.**

Justizbedienstete reichen ihre Bewerbung bitte auf dem Dienstweg ein.

Der Bewerbung sind beizufügen:

- a) Lebenslauf,
- b) beglaubigte Abschrift des Schulabgangszeugnisses oder des letzten Schulzeugnisses (Sommer 2011),
- c) beglaubigte Abschriften der Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
- d) etwaige Bescheinigungen über schreibtechnische Fertigkeiten sowie über Kenntnisse von EDV-Anwendungen,
- e) Erklärung darüber, ob und gegebenenfalls welche Schulden die Bewerberin oder der Bewerber hat,
- f) Erklärung darüber, ob gegen sie oder ihn wegen eines Verbrechens oder Vergehens ein gerichtliches Strafverfahren oder ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren anhängig ist,
- g) Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter, wenn die Bewerberin oder der Bewerber noch minderjährig ist.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden nach dem Ergebnis einer Eignungsprüfung ausgewählt und in den Vorbereitungsdienst eingestellt.

Schwerbehinderte Menschen werden nach Maßgabe des Sozialgesetzbuches - Neuntes Buch - (SGB IX) besonders berücksichtigt.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen damit rechnen, dass sie nach bestandener Laufbahnprüfung nur nach Maßgabe besetzbarer Stellen in den mittleren Justizdienst übernommen und bei jeder Justizbehörde innerhalb Hessens eingesetzt werden können.

Nähere Informationen über das Berufsbild und die Ausbildung sind auf den Internetseiten aller hessischen Justizbehörden in der Rubrik Justizberufe zu finden.

Für Beamtinnen und Beamte des Justizwachtmeisterdienstes, die sich als Aufstiegsbeamtinnen und -beamte für den mittleren Justizdienst bewerben wollen und für Justiz(fach)angestellte erfolgt noch eine gesonderte Ausschreibung.

## BUCHBESPRECHUNGEN

unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers

Weingärtner/Gassen: **Dienstordnung für Notarinnen und Notare, – Kommentar**

11. Auflage 2010. 688 Seiten, gebunden, 119,– €

Carl Heymanns Verlag

ISBN 978-3-452-27367-3

Die Dienstordnung für Notarinnen und Notare steht gewiss nicht im Mittelpunkt des Interesses der juristischen Fachöffentlichkeit. Als Verwaltungsvorschrift, die die Details der Amtsführung der Notare regelt, führt sie eher ein Nischendasein. Wenn gleichwohl ein Kommentar zu ihren derzeit insgesamt 35 Paragraphen bereits in 11. Auflage erscheint, dann ist das nicht nur bemerkenswert, sondern belegt bereits ohne weitere Erläuterung die besonderen Qualitäten des Werkes.

So bräuchte man eigentlich zur 11. Auflage von Weingärtners Standardwerk zur Dienstordnung für Notarinnen und Notare gar nicht mehr viel zu sagen. Allenfalls wäre zu rügen, dass der Titel etwas zu kurz greift. Weingärtner beschränkt sich nicht darauf, die an sich recht spröde Materie der Dienstordnung zu kommentieren. Vielmehr nutzt er die Gelegenheit, über den reinen Text der eher formalen Vorschriften hinausgehend weiter in das Dienst- und Amtsrecht der Notare auszugreifen und die Vorschriften der Dienstordnung so in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Nur beispielhaft sei die Kommentierung zu § 2 DONot erwähnt. Die Vorschrift befasst sich eigentlich nur mit den Amtssiegeln des Notars.

Weingärtner erläutert daneben aber auch, unter welchen Vorgaben beispielsweise ein Landeswappen auf Briefbögen Verwendung finden darf, nimmt Stellung zu der Frage, ob der Notar seine Geschäftsstelle als „Notariat“ bezeichnen darf und erläutert, welche Grenzen bei der Ausgestaltung der Internetpräsenz eines Notars einzuhalten sind.

Ähnliches gilt beispielsweise für § 26 DONot, der sich mit der Identitätsfeststellung befasst. Hier wird darüber hinausgehend dargestellt, welche Feststellungen der Notar nach dem Geldwäschegesetz durchzuführen hat.

In den Vorbemerkungen zu § 27 findet man grundlegende Ausführungen zum Verwahrungsgeschäft, letztlich eine dicht gedrängte Kommentierung der §§ 54 a bis 54 e BeurkG. Und in § 32 DONot, einer Vorschrift, die einige Formalien zur Durchführung der Prüfung der Amtsführung regelt, stößt der überraschte Leser auf umfangreiche Hinweise zum Inhalt der Prüfung der Amtsführung der Notarinnen und Notare.

Um ein Auffinden der entsprechenden Stellen zu erleichtern, hat der Autor dankenswerterweise ein ausführliches Sachregister beigefügt, welches es ermöglicht, in der Kommentierung auch abgelegene Sachgebiete, die man nicht ohne weiteres mit Vorschriften der Dienstordnung in Verbindung bringen würde, aufzufinden.

Kennzeichen des Kommentars war schon immer, dass er durch einen zweiten Teil ergänzt wurde. Bis zur 10. Auflage war dies ein kostenrechtlicher Leitfaden, den man nun allerdings vergeblich sucht, ohne dass erläutert wird, warum auf diese Hinweise jetzt verzichtet wurde. Stattdessen findet man einen von Dominik Gassen verantworteten Abschnitt zu dem Thema „Elektronischer Rechtsverkehr in der Praxis“. Dieser knüpft nun formal nicht mehr an die Vorschriften der DONot an (Gassen hat freilich auch § 2a DONot im vorderen Teil des Buches kommentiert); es handelt sich vielmehr um eine gut strukturierte Abhandlung, mit der ein fachkundiger Überblick über die Entwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs gegeben wird. In der Tat tun sich viele Notare (und auch die Aufsichtsbehörden) noch schwer mit diesem neuen Medium. Umso verdienstvoller ist es, dass Gassen, der schon wiederholt in diesem Bereich publiziert hat, ausführlich die Besonderheiten der elektronischen Urkunden erläutert, Fragen zur Technik der elektronischen Handelsregisteranmeldung darstellt und schließlich einen Überblick über zukünftige Projekte des elektronischen Rechtsverkehrs gibt.

In einem dritten Teil, dem Anhang, findet man schließlich in bewährter Art und Weise den Abdruck von verschiedenen, für die Amtsführung der Notare wichtigen Dokumenten, so z. B. die Richtlinienempfehlungen der Bundesnotarkammer, diverse Rundschreiben der Bundesnotarkammer und auch regionaler Notarkammern sowie – nicht zuletzt – Beispiele für Checklisten für Notarprüfungen.

Wer das Buch also einmal in Ruhe zur Hand nimmt, der stellt sehr schnell fest, dass es sich dabei nicht nur um einen Kommentar zu den Vorschriften der Dienstordnung, sondern um ein Kompendium zur Amtsführung der Notare handelt.

Weingärtner, der seit Jahrzehnten in diesem Bereich nicht nur beruflich, sondern auch literarisch tätig ist, ist damit wieder ein großer Wurf gelungen. Durch die Mitwirkung von Gassen, der selbst als Notar tätig ist, wird das Spektrum des Buches erweitert auf den noch schwer fassbaren, jedoch ausgesprochen zukunftssträchtigen Bereich des elektronischen Rechtsverkehrs. So ist auch das Buch für die Zukunft gewappnet.

Die Notarinnen und Notare, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Justizverwaltungen sind gut beraten, dieses Werk auch in Zukunft für ihre Arbeit heranzuziehen.

Darmstadt, April 2011

Joachim Blaeschke  
Vizepräsident des Landgerichts

---

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden.

Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Derwort, Wiesbaden

**ISSN 0022-7064**

**Redaktion & Abonnement:**

Beschäftigter Lischer

(06 11) 32 – 26 92 christopher.lischer@hmdj.hessen.de

Fax: (06 11) 32 – 27 63

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der Bezugspreis **für das Jahr 2011** in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die Bankverbindung sowie die unbedingt anzugebende Referenznummer. Als Einzahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 1,07 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

**Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –**

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.